



## Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Parlamentarische Geschäftsführerin  
Bundestagfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

### **Bericht über die Delegationsreise zur Interparlamentarischen Konferenz in Dublin am 24. und 25. März 2013**

Nach der Gründungsversammlung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) im September 2012 in Zypern fand am 24./25. März die zweite Konferenz in Dublin statt.

Die **deutsche Delegation** setzte sich wie folgt zusammen:

Johannes Pflug (SPD), Delegationsleiter

Reinhard Beck (CDU)

Reinhard Brandl (GSU)

Joachim Spatz (FDP)

Katja Keul (Bündnis90/Die Grünen)

Sevim Dagdelen (Die Linke)

Am Sonntag trafen sich vor dem Treffen der Delegationsleiter die politischen Gruppen, soweit sie sich entsprechend organisieren konnten.

Die Vernetzung wird dadurch erschwert, dass in der Teilnehmerliste die Parteizugehörigkeit nicht genannt wird und daher in mühsamer Kleinarbeit ermittelt werden muss.

Bei den beiden großen Parteienfamilien wurden Einladungen durch die entsprechenden EP-Gruppen auf den Weg gebracht.

Wir konnten insgesamt 6 grüne Teilnehmer ermitteln, von denen allerdings kurzfristig nur zwei Abgeordnete, sowie der zuständige Referent der EP-Gruppe am Sonntag Mittag zusammen kommen konnten. Wir beschließen, dass Tobias Heider, als Referent bei zukünftigen Konferenzen zu einem Treffen der grünen Abgeordneten einladen wird.

Aus grüner Sicht teile ich die einhellige Kritik der deutschen Delegation an der Beschlussvorlage zur Einrichtung der in Zypern angekündigten Kommission zur Überprüfung der Geschäftsordnung, weil danach eine 5-köpfigen Arbeitsgruppe das Sagen haben wird.

Es steht zu befürchten, dass die bereits in Zypern unterbreiteten Vorschläge der deutschen Delegation zur Stärkung der demokratischen Prozesse erneut keine Berücksichtigung finden wird.

Im Verlaufe der Konferenz zeigt sich an mehreren Stellen, insbesondere bei der Verabschiedung der Schlusserklärung, die Schwäche der bisherigen Verfahren.

Aus unserer Sicht sollten Anträge und Vorschläge aus der Mitte der Versammlung unterbreitet werden können und nicht nur durch nationale Delegationen als solche.

Außerdem sollte die Versammlung die Möglichkeit haben, mit Mehrheitsentscheidung Empfehlungen oder sonstige Erklärungen verabschieden zu können.

Immerhin ist nicht mehr die Rede davon, dass zu jedem Tagesordnungspunkt nur ein Mitglied einer Delegation reden darf. Auch das hatten wir in Zypern kritisiert.

Nach der Eröffnung der Konferenz erstattet die Hohe Vertreterin, Lady Ashton, ihren Bericht über die GASP/GSVP mit Schwerpunkt Afrika und beantwortet Fragen der Versammlung.

Der Montag beginnt mit dem Bericht des irischen Außenministers zur europäischen Konfliktprävention. Das Ganze ähnelt einer Ausschusssitzung im Deutschen Bundestag, nur das jeweils der Minister des jeweiligen Gastlandes die Fragen beantwortet.

Wir sind uns in der deutschen Delegation einig, dass ein anderes Format wünschenswert wäre.

Wie in Zypern angekündigt teilt sich die Versammlung zum zweiten Tagesordnungspunkt in zwei Workshops auf, um die Diskussion zu intensivieren. In der Tat ist die Diskussion in den Workshops zum Horn von Afrika und zum Nahost Konflikt deutlich spontaner als in der Gesamtversammlung. Allerdings würde auch die weitere Aufteilung in kleinere Arbeitsgruppen nicht den Mangel beheben, dass am Ende der Debatte in keinem Fall eine gemeinsame Erklärung oder Empfehlung stehen darf.

Nach dem Mittagessen setzen wir im Plenum das Ausschussmodell fort, indem uns diesmal der irische Verteidigungsminister im Hinblick auf den Europäischen Rat im Dezember 2013 zur GSVP Rede und Antwort steht.

Meines Erachtens würde es dem Sinn und Zweck der Versammlung mehr entsprechen, wenn wir zu aktuellen Themen moderierte Podien aus den Abgeordneten der Versammlung selbst zusammenstellen könnten, um dabei mehr über die unterschiedlichen Bewertungen der einzelnen Nationen und Parteien zu erfahren. Das in der Versammlung vorhandene fachliche Know How könnte so besser zum Tragen kommen.

Nachdem von mehreren Seiten im Laufe der Konferenz die Frage der Rüstungsexportkontrolle angesprochen wurde, habe ich mit meiner schwedischen grünen Kollegin einen Antrag für die Tagesordnung der nächsten Versammlung in 6 Monaten initiiert, dem sich spontan Abgeordnete unterschiedlicher Parteien und Nationalitäten angeschlossen haben.

Wir legen der Präsidentschaft den Antrag zum Ende der Versammlung vor.

Es geht uns dabei um zwei Anliegen: einmal wollen wir die Frage der EU-Rüstungsexportkontrolle auf die Tagesordnung setzen und zum zweiten wollen wir demonstrieren, dass wir uns das Recht vorbehalten, aus der Mitte der Versammlung heraus Anträge stellen zu dürfen.

Die Schwäche des sogenannten Konsensprinzips wird bei der Verabschiedung der Abschlusserklärung offensichtlich. Noch während der Verteidigungsminister seinen Redebeitrag leistet, wird uns der 10-seitige Entwurf der Präsidentschaft vorgelegt, indem auch die Debatte über die noch gar nicht abgeschlossene Rede des Ministers vorweggenommen wird. Das Dokument hat zum einen den Charakter eines Protokolls der Versammlung, enthält aber im weiteren auch politische Schlussfolgerungen.

Nach etwa einer halben Stunde wird erklärt, es sei aus Zeitgründen jetzt nicht mehr möglich, Änderungsanträge zur Abschlusserklärung einzureichen, bevor eine etwa 40-minütige Kaffeepause folgt.

Da eine Behandlung von Änderungsanträgen gar nicht vorgesehen ist, werden die Antragsteller gebeten, ihre Anträge zurück zu ziehen, was sie aber nicht tun. Gegen das Verfahren erhebt sich deutlicher Protest aus der Versammlung. Da eine Abstimmung

nach dem Mehrheitsprinzip nicht zulässig sein soll und ein Konsens ohne Änderungsanträge nicht festgestellt werden kann, werden letztlich alle Änderungsanträge im Konsens angenommen, u.a. ein Tagesordnungsantrag für die nächste Sitzung.

Innerhalb der Delegation sind wir uns einig, dass wir als solche zeitnah schriftliche Vorschläge für die Versammlung in Litauen vorlegen wollen, und zwar einmal zum Thema Mali und zum anderen zum Debattenformat.

Auch wenn das demokratische Verständnis der Versammlung derzeit noch zu Wünschen übrig lässt, kann sich daraus durchaus ein Gremium von politischem Gewicht entwickeln.

Die Funktion der Vernetzung und des interparlamentarischen Austauschs erfüllt sie bereits jetzt in hervorragender Weise.

Nienburg, im März 2013, Katja Keul